

Nr. 17/686

Fehlende Gewerbeflächen für Windkraftunternehmen in Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2009
(Drucksache 17/696)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. April 2009

(Drucksache 17/749)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/687

Bremen – Logistikkreuz im Nordwesten zukunftsfähig gestalten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 22. April 2009
(Drucksache 17/763)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 28. April 2009**

(Drucksache 17/771)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Schienenkapazitäten von und zu den bremischen Häfen müssen ausgebaut werden, um sie den zukünftigen Bedarfen anzupassen.
2. Für die kurzfristige Entlastung des Bremer Knotens sind die folgenden, bereits angekündigten und teilweise finanzierten Maßnahmen schnellstens umzusetzen
 - geänderte Anbindung der Gleise eins bis drei,
 - Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge,
 - Gleisverlängerung und Blockverdichtung,
 - Spurplanoptimierung Bremen-Hauptbahnhof für Mehrverkehre aus Richtung Vegesack,
 - Einrichtung eines Linksfahrbetriebes.
3. Als mittelfristige Maßnahmen bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat,
 - sich für eine Anpassung der Bahnstrecke zwischen Bremen und Bremerhaven durch den Bau eines dritten Gleises zwischen Bremen-Burg und Bremen-Oslebshausen einzusetzen,
 - zu prüfen, welche Entlastungen durch die Stärkung von Nebenstrecken, z. B. eines östlichen Bremer Bahnbypasses über Rotenburg/Wümmen – Bremervörde – Bremerhaven, erzielt werden und wie diese finanziert werden können,

- sich beim Bundesverkehrsministerium dafür einzusetzen, dass ein leistungsfähiger westlicher Bahnbypass zur Anbindung des zukünftigen Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven sowie die längst überfällige Modernisierung der „Amerikalinie“ Bremen – Langwedel – Soltau – Uelzen – Salzwedel – Stendal überprüft werden sollen.
- 4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert das Bundesverkehrsministerium im Zusammenwirken mit der Deutschen Bahn AG zur Konkretisierung der Planungen für eine künftige Nordwestdrehzscheibe und eine Integration dieser Maßnahme in den künftigen Bundesverkehrswegeplan auf.
- 5. Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, dass der Personennahverkehr in Zukunft nicht zugunsten des Güterverkehrs beeinträchtigt werden darf. Sowohl der Personenverkehr als auch der Güterverkehr müssen gleichberechtigt im Schienenverkehr berücksichtigt werden. Die Streckenkapazitäten sind für eine Taktverdichtung der zukünftigen Regio-S-Bahn zu sichern.
- 6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich weiterhin bei der Deutschen Bahn AG dafür einzusetzen, dass der Schienenverkehr und dessen weiterer Ausbau durch effiziente Lärmschutzmaßnahmen begleitet werden und beim Eisenbahnbundesamt auf die Lieferung der erforderlichen und längst überfälligen Daten für die Erstellung des Lärmaktionsplans zu drängen. Der Bahnlärm im Bremer und Bremerhavener Stadtgebiet ist möglichst gering zu halten.

Nr. 17/688

Entlassungen verhindern – Hafen-Arbeitsplätze erhalten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 23. April 2009
(Drucksache 17/765)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/689

Maritime Wirtschaft als Schlüsselbranche sichern

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 28. April 2009
(Drucksache 17/772)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das solidarische Handeln der Hafenwirtschaft und ihrer Belegschaften zur Sicherung zahlreicher Arbeitsplätze beim GHBV, das zugleich die Bedeutung des GHBV und seiner Beschäftigten für den Gesamthafen Bremen/Bremerhaven unterstreicht.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert alle relevanten Akteure auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um viele der gut qualifizierten Arbeitnehmer/-innen des GHBV und der übrigen Hafenfirmer in Beschäftigung zu halten, extensiv zu nutzen, um deren bei einer Konjunkturbelebung unverzichtbares Fachwissen nicht an andere Branchen zu verlieren. Für Menschen, die dennoch nicht weiterbeschäftigt werden können, muss zusammen mit den Arbeitsagenturen versucht werden, deren Kompetenz für die maritime Wirtschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, für die maritime Wirtschaft und ihre Beschäftigten aufgrund der zentralen Bedeutung der Seehäfen entsprechende Hilfen zu gewähren. Es muss sichergestellt werden, dass die für die deutsche Volkswirtschaft unverzichtbaren Seehäfen in der Krise keinen irreparablen Schaden erleiden und ihre für fast alle Wirtschaftszweige bedeutsame Funktion im Konjunkturaufschwung ohne Einschränkungen ausfüllen können.

Nr. 17/690

Arbeitsplätze bei der Schichau Seebeck Werft (SSW) und beim Gesamthafenbetriebsverein (GHB) retten!

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (parteilos)
vom 2. April 2009
(Drucksache 17/745)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/691

Gewalt- und Vergewaltigungsoffer in Kriegs- und Krisengebieten unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. April 2009
(Drucksache 17/767)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Ehrung der kongolesischen Menschenrechtsaktivistin Immaculée Birhaheka mit dem 11. Bremer Solidaritätspreis. Sie sieht die Auszeichnung als Unterstützung der couragierten Arbeit der Preisträgerin. Gleichzeitig versteht sie sie als Verpflichtung des Landes Bremen, sich nachdrücklich für die Interessen von Frauen und Mädchen einzusetzen, die in der Demokratischen Republik Kongo oder anderen Kriegsgebieten der Welt Opfer von Vergewaltigungen werden oder zu werden drohen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich – gegebenenfalls auch über den Bundesrat – bei der Bundesregierung und der EU nachdrücklich für wirksame Schutzmaßnahmen für von Vergewaltigung in Kriegen betroffene und bedrohte Frauen einzusetzen. Unter anderem möge der Senat darauf dringen, dass
 - a) die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats zur stärkeren Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der institutionellen Verhütung, Bewältigung und Beteiligung von Konflikten international umgesetzt wird,
 - b) der Schutz vor Vergewaltigung in die Einsatzrichtlinien von UN-Missionen explizit aufgenommen wird,
 - c) der Friedensfonds für den Wiederaufbau in der Demokratischen Republik Kongo in erheblichem Umfang für die Behandlung vergewaltigter Frauen und Mädchen sowie deren ökonomische Zukunftssicherung eingesetzt wird,
 - d) bei der Wiedereingliederung ehemaliger Kindersoldaten Mädchen angemessen berücksichtigt werden,
 - e) Menschenrechte in der Demokratischen Republik Kongo und anderen Kriegsgebieten geachtet werden,
 - f) Gewalt gegen Frauen überall auf der Welt öffentlich verurteilt wird,
 - g) Berichten über Folter an Frauen nachgegangen wird und Anklage und Bestrafung der Täter durch unabhängige Gerichte erfolgt,
 - h) Frauen, die vor frauenspezifischer Verfolgung nach Deutschland fliehen, Asyl gewährt wird.

